Deutscher Bundestag **Drucksache 16/3138**

16. Wahlperiode 25. 10. 2006

Antrag

der Abgeordneten Gudrun Kopp, Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Klimawandel ernst nehmen – Kernenergielaufzeiten verlängern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Anpassung an den Klimawandel ist eine der herausragenden politischen Aufgaben, die keinen Aufschub duldet. Dies hat die Bundesregierung erkannt. „Wir müssen uns heute anpassen, um morgen nicht von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Klimawandels überrollt zu werden“, sagte Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, anlässlich eines nationalen Klima-Workshops am 17. Oktober 2006 in Berlin. Welche Strategie die Bundesregierung jedoch zur Erreichung des politischen Ziels ergreift, bleibt bis heute offen. Sie verfügt über kein stringentes energie- und klimapolitisches Konzept. Ihr bisheriges Handeln erfolgte in Teilschritten, die unabgestimmt und zum Teil widersprüchlich sind. Ein roter Faden ist nicht ersichtlich. Dieser aber wird gebraucht, um ein politisches Signal für die EU-Ratspräsidentschaft zu geben und Wege und Instrumente vorzuzeichnen, die die Gemeinschaft gehen kann, um den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid deutlich zu senken und eine sichere, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung zu sichern. Denn sie ist Grundvoraussetzung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands und Europas.

Ideologische Barrieren und Tabus gegenüber einzelnen Energieträgern schaden der Volkswirtschaft. Deshalb muss eine rationale, diskriminierungsfreie Debatte zum Einsatz aller Energieträger geführt werden. Zukünftig sollen diejenigen Energieträger verstärkt zum Einsatz kommen, die zur Verringerung des Kohlendioxidausstoßes beitragen. Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke ist notwendig, um bei der Stromproduktion Klima- und Versorgungssicherheitsziele zu erreichen, bevor die erhofften wirtschaftlichen Verfahren für CO_2-redu-

zierte Kohleverstromung und in größerem Umfang grundlastfähige erneuerbare Energien als zusätzliche Option zur Verfügung stehen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein nationales Energieprogramm schnellstmöglich vorzulegen. Es muss eine sichere, umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung gewährleisten, zu Energieeffizienz und Energieeinsparung beitragen sowie den internationalen Erfordernissen entsprechen. Es darf keinen Energieträger diskriminieren, insbesondere vor dem Hintergrund der national und international festgelegten Kohlendioxideinsparziele zur Verringerung des Klimawandels,
2. das Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) zu novellieren mit dem Ziel, die zulässige Betriebsdauer der Kernenergieanlagen zu verlängern. Sie müssen sich an dem nach Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Sicherheitskriterien orientieren. Denn die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität stellt als Übergangstechnologie einen Beitrag zur Kohlendioxidreduktion und damit zur Verringerung des Klimawandels dar.

Berlin, den 25. Oktober 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333